



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

281 (22.6.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-230002](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-230002)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung frei im Haus oder durch die Post monatlich M. 2.20 ohne Beleggeld. Bei event. Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postkontonr. 17599 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle H. 6, 2. — Geschäfts-Redaktions-Verwaltung: 6. Schwabingerstraße 24, Mannheim. — Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 5-mal, Fernsprech-Nummern: 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro empfangener Zeile für 14 Tage. Anzeigen über 10 Zeilen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben nach Vereinbarung. Verantwortlich: Hermann Grottel, Mannheim. Betriebsleitungen: Hermann Grottel, Mannheim. Druckerei: Hermann Grottel, Mannheim. Druck: Hermann Grottel, Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Hefige Opposition gegen Poincaré

„Gerichtet und verdammt“

Paris, 22. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die überwiegende Mehrheit der französischen Presse macht für die Aufnahme Poincarés in das neuzubildende Kabinett eine ärmliche Reklame, die vielfach einen geschmacklosen Charakter annimmt. Die ganze Propaganda für Poincaré wird auf Kosten der Erniedrigung der in das Kabinett noch aufzunehmenden Linksrepublikaner betrieben. Die Verhöhnung der französischen Linksdemokraten treibt so groteske Blüten, daß man den Eindruck gewinnt, als ob man durch den Fluch der Lächerlichkeit die Rechte des Kartells vernichten wolle. Bereits aber hat die Reaktion gegen die triumphierenden Auslassungen der Nationalisten eingeseht. Der linksrepublikanische „Paris Soir“ veröffentlicht einen scharfen Angriff auf Briand wegen der Absicht, Poincaré in sein Kabinett aufzunehmen. Der kräftige Wortstoß wird von Briand und Poincaré nicht so leicht pariert werden können. Grotard, der Leiter des genannten Blattes schreibt: „Vergißt man in einem Lande, das innerlich noch dreimal seine Stimme erhob und dreimal sich für eine Politik der Demokratie und des Friedens aussprach, so schnell die schwere Verantwortlichkeit dessen, der von Jaurès mit dem entsetzlichen Wort

„Der Präsident der Reaktion und des Krieges“

Charakterisiert worden ist. Wie ist es möglich, daß in einem solchen Kabinett der Mann der Ruhr und der Mann von Locarno zusammenfügen, ohne in der Öffentlichkeit eine tiefe Empörung hervorzuufen.“ Grotard weist insbesondere auf Poincaré hin, der mit Ferriat zusammen im April 1924 den Kampf gegen Poincaré geführt hat und glaubt, daß Poincaré und einige andere Linksrepublikaner, die mit dem ehemaligen Präsidenten der Republik in dieselbe Kabinett eintreten wollen, nationale Interessen vorschützen, um ihren Verrat zu rechtfertigen. Jeder Franzose, der nur einen Funken republikanischer Gesinnung habe, müsse durch die Ernennung Poincarés zum Finanzminister mit Schrecken erfüllt werden. „Niemand befehligt Poincaré für die Rolle, die ihm Briand durch eine schändliche Unvorsichtigkeit übertragen hat, schreibt der Blattartikel weiter. Poincaré ist nach der Konferenz von Cannes an die Stelle Briands getreten. Der Ministerpräsident weiß es zweifellos besser als jeder andere, daß die Niederlage von Cannes das Werk Poincarés und Millerands war. Poincaré ist bis zum Schluß der Legislaturperiode am Ruder geblieben. Als er endlich durch den Volksentscheid verabschiedet wurde, standen wir allein in der Welt, ohne Freunde, ohne Unterstützung und das Ruhrabenteuer ließ Frankreich in die Hände des Imperialismus erscheinen. Auf innerpolitischen Gebiet hinterließ Poincaré dem Kartell 8 Milliarden neue Steuern, ein unausgeglichenes Budget, mehrere Milliarden neuer Ausgaben, ohne daß er für entsprechende Einnahmen gesorgt hätte. Er erschöpfte Kredite und eine Devisen, die schon verblüht war und die von ihm am Vorabend der Wahl vom 11. Mai mit Hilfe der Waagons-Anleihe in die letzten Tage gestürzt wurde. Das Land hat ihn ohne Nachsicht gerichtet und hat sowohl seine Außenpolitik, als auch seine Finanzpolitik und seine allgemeine Politik verdammt. Er nimmt als Triumphator seinen Weg im Kabinett ein. Er bereitet sich vor, wieder jeden Sonntag in der Provinz mit seiner kreischenden Stimme Hebräen zu halten. Nein, wir können es nicht glauben, daß die Kammer sich selbst verdammt und dem Land eine beratende Niederlage auferlegen wird. Demüß hat man schon gesehen, wie aus einem Saulus ein Paulus wurde, aber man traut solchen Leuten nie.“

Briands „haltloser Optimismus“

Paris, 22. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die Veränderung der Kabinettbildung hat in politischen Kreisen und in der öffentlichen Meinung Verwirrung und Beunruhigung herbeigeführt. Briand stellte Poincarés Mitarbeit als Finanzminister nicht nur in Aussicht, sondern bezeichnete die Übernahme des Finanzportefeuilles durch den früheren Präsidenten der Republik bereits als Tatsache. Dieser verführte und wie man sagt, halt-

Die Zusammenfassung des Enquetenausschusses

Am Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuss) haben sich folgende Untersuchungskomitees konstituiert: Ausschuss für Agrarwirtschaft: Vorsitzender: Reichsminister a. D. Schiele, Stellvertreter: Reichsminister a. D. Herms, Gewerbesteuerausschuss: Vorsitzender: Rechtsanwältin Dammers, Stellvertreter: Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müller, Berichtsführer: Geheimrat Dr. Bülcher und Prof. Eulenburg, Ausschuss für Arbeitsleistung: Vorsitzender: Prof. Dr. Hende, Stellvertreter: Dr. Tarnow, Ausschuss für Geld- und Finanzwesen: Vorsitzender: Dr. Hilferding, Stellvertreter: Prof. Dr. Bernheim, Ausschuss für die Wirtschaft: Vorsitzender: Staatssekretär a. D. Dr. Bergmann und Staatssekretär G. Bernhardt, Allgemeiner Ausschuss: Vorsitzender: Prof. Dr. Harms.

Rücktritt des Staatssekretärs Hagedorn

Berlin, 21. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichspräsident hat, wie wir hören, das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium Hagedorn genehmigt und ihm in einem herzlichen Schreiben den Dank des Reiches für sein Wirken ausgesprochen. Staatssekretär Hagedorn befand sich zu dem von maßgebender Seite beiont, schon im Ruhestand, als Graf Rantzau das Reichsernährungsministerium präsierte. Er übernahm das Amt unter der ausdrücklichen Beschränkung auf die Führung des Reichs. Nur auf Bitten Rantzaus und Haslindes

lose Optimismus des Kabinettsbildners wird jetzt scharf kritisiert. Poincaré ist gleichfalls Gegenstand ungünstiger Kommentare. Selbst die Nationalisten, die mit der Kandidatur Poincarés als Finanzminister durchaus einverstanden wären, zeigen sich jetzt enttäuscht darüber, daß der frühere Staatschef davon zurückschreckt, den wichtigsten Posten im Kabinett zu übernehmen. Es scheint aber, daß Poincaré infolge des Washingtoner Schuldregelungsvertrages, dessen Ratifikation durch das französische Parlament in aller Kürze notwendig erscheint, das Finanzministerium nicht übernehmen will. Poincaré ist Gegner dieser Schuldregelung, die ohne die bekannte, durch Amerika zurückgewiesene Garantieklausel zustandekam. Man vermutet sogar, daß Poincaré die Ablehnung der französisch-amerikanischen Vereinbarung durch das französische Parlament verlangt. Anstelle der sogenannten Auslieferung an die angelsächsische Hochfinanz will Poincaré die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Rein banktechnische Schwierigkeiten stellen sich einem solchen Plan entgegen. Die Lage ist demnach verwickelt, daß die Auffassung eines einheitlichen Finanzprogramms trotz der größten Anstrengungen Briands, der immer und immer wieder den Geist von Locarno in die französische Innenpolitik einfließen möchte, noch nicht gelungen ist. Eine weitere Forderung Poincarés ist die Unterjochung der Autonomiebewegung im Elsass. Diese Forderung interessiert den Ruhrbringer ganz besonders. Es heißt, Poincaré habe bereits eines seiner berühmtesten Dossiers zusammengestellt, in dem die Weise dafür enthalten ist, daß

Die Autonomiebewegung im Elsass durch Deutschland gefördert werde, was mit einem Bruch der Locarno-Verträge gleichbedeutend wäre. Aus den Konferenzen, die Briand im Laufe des letzten Tages mit Reichspolitikern abhielt, läßt sich klar erkennen, daß der Kabinettsbildner die Richtlinien seiner auswärtigen Politik gegen ernste Angriffe zu verteidigen hat. In den Hauptfragen der auswärtigen Politik werden: 1. Das Washingtoner Abkommen, das durch die Gruppe Martin abgelehnt wird, 2. die Unterjochung der Autonomiebewegung im Elsass und deren Zusammenhang mit angeleglichen deutschen Bestrebungen, 3. die Regelung der militärpolitischen Beziehungen an der Ostgrenze Frankreichs zu der keinen Entente.

„Die Politik muß in den Hintergrund treten“

Paris, 22. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) In den späten Abendstunden empfing Briand die Pressevertreter, um ihnen Mitteilungen über den Erfolg seiner bisherigen Anstrengungen für die Kabinettsbildung zu machen. Er stellte auf heute vornehmlich eine Konferenz sämtlicher Politiker in Aussicht, die er in seinem Kabinett vereinigen möchte und brückte die Hoffnung aus, daß er das Kabinett noch heute morgen endgültig zustande bringen werde. Ueber die Befehung des Finanzministeriums befragt, gab Briand zur Antwort: „Es bestehen große Schwierigkeiten, das Amt des Finanzministers zu bekleiden. Auf der einen Seite wird das Portefeuille zu stark begehrt, auf der anderen Seite fürchtet man sich aber allzusehr, die Verantwortung zu übernehmen. Seine Uebertragung sollte zahlreiche Probleme auf, die sorgfältig geprüft werden müssen. Ich möchte nicht, daß man mir vorwerfen kann, ich hätte die Sache zu leicht genommen.“ Auf Fragen, ob Briand bald vor die Kammer treten könne, gab er zur Antwort: „Für diese Angelegenheit muß ich genügend Zeit haben. Die Politik muß in den Hintergrund treten. Die Situation ist derzeit heikel, daß man sie während einiger Monate fernhalten muß. Wenn dies nicht gelingt, habe ich für nichts ein. In einigen Monaten wird man ihr die Tür wieder öffnen können, damit sie wieder zu Ehren kommt.“

Unter den zahlreichen Gerüchten, die heute vornehmlich vor dem Zusammentritt der entscheidenden Konferenz Briands mit seinen eventuellen Mitarbeitern zirkulieren, sei auch folgendes erwähnt: Briand sei für den Fall, daß es ihm nicht gelingen sollte, sein Kabinett zustande zu bringen, entschlossen, dem Präsidenten der Republik die Mitteilung zu machen, daß er, Briand, sich endgültig aus dem politischen Leben zurückzuziehen gedenke.

Der Eucharistische Kongress in Amerika

Chicago, 21. Juni. (Spezialbedienstet der United Press.) Auf eine Million werden die Teilnehmer an der formellen Eröffnung des Eucharistischen Kongresses geschätzt. Die an den 6 Messen teilnehmenden, die zum größten Teil unter freiem Himmel stattfinden, Alerus und Lebenskraft empfangen die heiligen Sakramente. Mit der Ausrichtung der heiligen Kommunion an eine Million Menschen wurde um Mitternacht begonnen. 11 Kardinals, 3 apostolische Delegaten, 17 Erzbischöfe, 25 Bischöfe, 500 Prälaten und rund 1000 andere Geistliche nahmen an der Meßprozession teil, die sich am morgigen unter Entfaltung größten Pompes durch die Straßen der inneren Stadt bewegte. Während der Prozession war der ganze übrige Verkehr in der berühmten Schiefe (dem Brennpunkt des Verkehrs, der von der Hochbahn in der inneren Stadt begrenzt wird) von der Polizei abgelenkt worden.

Nach zwei Jahren! Auf Grund des Artikels 17 des Weimarer Vertrages haben England, Frankreich, Italien und Japan den Generalkonferenz des Völkerbundes aufgefodert, die Denkschrift des völkerrechtlichen Komitees vom 8. Mai 1924, in der die litauische Regierung der Vertreibung des Memelabkommens beschuldigt wird, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Generalkonferenz hat die litauische Regierung davon verständigt.

Eine ernste Angelegenheit

Von Dr. Otto Hugo, M. d. R., Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bodrum

Wenn man in Deutschland in einer wirtschaftlichen Dauerkrise mit 2 Millionen Arbeitslosen steht und sich die Frage vorlegt, woraus sich die bei uns herrschenden Schwierigkeiten ergeben, so wird niemand leugnen wollen, daß dafür in erster Linie mit die öffentlichen Ueberlastungen verantwortlich sind. Steuern und soziale Lasten sind in Deutschland in einer Weise ausgewachsen, daß sie gegenüber dem Frieden entscheidende Teuerungswirkungen hervorzurufen müssen. Wenn man im allgemeinen annehmen darf, daß die öffentliche Steuerlast auf das 2½fache der Friedenszeit angewachsen ist, so hat sich mittlerweile das Ausmaß der Ueberlastung bei den sozialen Lasten noch erheblich vergrößert. Die Invaliden-, Unfall-, Kranken-, Angefallenen- und Knappschaftsversicherungen erbrachten folgende Ergebnisse: 1913: 1102 Milliarden; 1924: 1640 Milliarden; 1925: 2443 Milliarden. Diese Ziffern werden auch von dem Reichsarbeitsministerium nicht mehr bestritten. In der Ziffer für 1925 ist die Erwerbslosenfürsorge nicht einbezogen. Für das Jahr 1926 hat sie eine große Bedeutung gewonnen. Ähnliche Unterlagen für die Ermittlung der Belastungssummen an Erwerbslosenunterstützung sind nur schwer zu beschaffen. Wenn aber der bekannte Sozial- und Wirtschaftspolitiker Cohen-Reuß die Summe für 1926 auf 1,8 Milliarden ansetzt, so wird dieser Betrag der tatsächlichen Belastungssumme nicht fern liegen. So dürfte sich für das Jahr 1926 gegenüber 1913 immerhin die 3½fache bis 4fache Belastung an sozialen Lasten für die Wirtschaft ergeben.

Alle bürgerlichen Parteien haben nun immer und immer wieder erklärt, daß es zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise notwendig sei in dem Ausbau der sozialen und steuerlichen Lasten Halt zu machen. Wenn diese beiden Faktoren nicht unwesentlich dazu beitragen, in Deutschland die Arbeitslosigkeit hervorzuheben und zu fördern, so liegt es in der Natur der Sache, daß in einem Zeitabschnitt, der so wie der gegenwärtige als latenter Krisenzustand betrachtet werden muß, weitere Belastungen unter allen Umständen und grundsätzlich vermieden werden müssen. Auf steuerlichem Gebiet haben Reichsregierung und Reichstag dem auch Rechnung getragen, indem eine Steuerermäßigung durchgeführt worden ist. Die immerhin den Betrag von 4 bis 500 Millionen an jährlichen Steuerleistungen von der Wirtschaft genommen hat. Leider läßt sich ein gleiches von der deutschen Sozialpolitik nicht sagen. Insbesondere gilt das gegenüber dem in zweiter Lesung verabschiedeten Reichsnachschußgesetz. Auch dieses Gesetz ist eingebracht worden mit der Absicht, gewisse Ueberlastungen der sozialen Lasten innerhalb des Bergbaues zu mildern, d. h. also grundsätzlich einen Abbau der sozialen Lasten vorzunehmen. In den Beratungen des Reichstages ist das Gegenteil daraus geworden. Die Reichsregierung berechnet die Rückwirkung des in zweiter Lesung angenommenen Gesetzes auf eine Mehrbelastung von 22 Millionen. Von dem Bergbau wird dieser Betrag bestritten und eine Summe von etwa 30-40 Millionen angegeben. Wenn ich mich auch an diesem Streit nicht beteiligen will, so glaube ich doch, daß das Reichsarbeitsministerium von einer Voraussehung ausgeht, die reichlich optimistisch ist, indem es annimmt, daß Beitragsleistungen für Rücklagen nicht erforderlich sind und daß die Knappschaftsvereine die Rücklagen des Gesetzes nicht in vollem Maße ausschöpfen werden. Unbestritten ist die jährliche Gesamtbelastung des Bergbaues mit 411 Millionen. Das macht auf den Kopf des Arbeiters einen sozialen Lastenteil in der Höhe von M. 600 im Jahre. Von diesem Betrag hat der Arbeiter für sich M. 320 das sind 17 Prozent seines Lohnes aufzubringen. Insgesamt belastet den Bergbau die Sozialversicherung mit 30 Prozent des Lohnes, während im Durchschnitt der übrigen Gewerbe 16 Proz. anzuführen sind.

Die Rückwirkung auf die Kohlenpreise ist vielleicht nicht so drohend wie das weitere Wogeln der Belastungsfähigkeit des deutschen Bergbaues und damit das Anwachsen der Erwerbslosigkeit. Denn die Kohlenpreise werden vom Ausland diktiert und können nicht beliebig vom Inlande festgesetzt werden. Wohin wir im Bergbau angelangt sind, mögen zwei Ziffern zeigen. Eine der größten und besten Kohlenzechen des westlichen Rheins hat im Jahre 1925 ein Mehr von 3,6 Millionen an Steuern und sozialen Lasten, wozu noch 1,3 Millionen an Belastungen der Belegschaft hinzukommen, gegen 1913 aufzubringen gehabt. Das sind zusammen rund 5 Millionen, die auf der Kohlenproduktion dieses Werkes ruhen. Das Wert ist selbstverständlich ohne Ausbeute geblieben. Die Ausbeute im Jahre 1913 betrug dagegen 4 Millionen. Die Rentabilität des Unternehmens ist also mit der Mehrbelastung des Jahres 1925 an Steuern und sozialen Verpflichtungen mehr als aufgezehrt worden.

Mit diesen wenigen Ziffern dürfte jedenfalls zur Genüge illustriert sein, wie unangebracht im gegenwärtigen Stadium die weitere Anspannung der sozialen Lasten des Bergbaues ist. Es kann nicht bestritten werden, daß jede weitere unproduktive Belastung zu weiteren Stillelegungen und damit zur weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen muß. Auf das Ganze gesehen, muß aber festgestellt werden, daß der Wirtschaft nicht damit gedient ist, ihr mit schönen Redensarten die Vertiefung zu geben, daß die Partei ihr helfen wollen, wenn auf der anderen Seite aus politischen Gründen nicht mit der Vermehrung der öffentlichen Lasten endlich Halt gemacht wird. Dämmt man hinzu, daß das Reichsnachschußgesetz in der Verfassungsfrage den Arbeitgebern die bisherige Gleichberechtigung mit den Arbeitnehmern nimmt, und die Macht über die Knappschaft mit 5 an die Arbeitnehmerseite ausläsere, so sollte das Gesetz für jeden rechtlich denkenden Menschen auch dadurch unannehmbar werden. Sonst schwärmt man für Parität. Wo man sie aber besitzt, geht nicht nur rücksichtslos, sondern einseitiger Vergewaltigung über. Es ist mir reichlich unverständlich, wie bürgerliche Vertreter einer beratenden Klassenpolitik die Steigbügel halten können.

Mit der Verabschiedung des Reichsnachschußgesetzes wird aber Lehneseiz der Produktivität der geschäftlichen Arbeit des Reichs.

Arbeitsministeriums Einhalt geboten. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die speziell eine ganz außerordentliche Rücksichtnahme in der Gegenwart erfordern, bis unsere Lage wieder erträglicher geworden und die herrschende Arbeitslosigkeit überwunden ist, will das Reichsarbeitsministerium mit der Einbringung eines Arbeitschutzgesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen zur Realisierung des Londoner Abkommens schaffen, bevor überhaupt die Realisierung zu erfolgen braucht und bevor irgend ein anderes Konkurrenzland zur Realisierung geschritten ist. Es handelt sich um eine einseitige deutsche Verbindung, die zur weiteren Beseitigung unseres Wirtschaftszustandes führen muß, und das in einem Lande, das nicht nur für sein eigenes Dasein zu sorgen, sondern auch zur Erfüllung der Dames-Verspflichtungen für das Ausland zu arbeiten hat. Die ersuchte Realisierbarkeit soll auf 250 Stunden jährlich beschränkt, Überarbeit mit 25 Prozent Zuschlag auf die Lohnkosten abgegolten werden. Hinsichtlich der Verteilung der Arbeitszeit soll der Arbeitgeber gebunden werden und zwar an Vereinbarungen, die durch Tarif geregelt oder mit dem Betriebsrat abgeschlossen sind. Arbeitsmittelsammler, die mit Arbeitnehmern befaßt werden, sollen die Kontrolle über die Betriebe übernehmen. Kurz und gut, sowohl nach der materiellen Seite wie nach der Seite der Bewegungsfreiheit sollen der Wirtschaft weitere Hemmnisse aufgelegt werden. Wenn der deutsche Reichstag immerfort alles schuf, was das Reichsarbeitsministerium ihm an neuen, wirtschaftshemmenden Gesetzgebungen zumutet, so kann man sich nicht wundern, wenn das Arbeitsministerium lässig weiter produziert und täglich Rätsel zum Rätsel der deutschen Volkswirtschaft schmiedet. Die Parteien aber, die eine Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes tragen, sollten endlich einmal den Ernst der ganzen Lage erfassen und die großen Lebensfragen des deutschen Volkes nicht nach politischen, sondern auch einmal nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden.

Internationale Arbeitskonferenz

Der Entwurf einer Empfehlung über die Arbeitsinspektion an Bord der Schiffe wurde gestern Abend von der Internationalen Arbeitskonferenz mit 70 gegen 4 Stimmen angenommen. Man glaubt, daß die Arbeitskonferenz Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu Ende gehen wird.

Die Sitzung, in der das Mandat des Italiener Kossani wie bei den früheren Arbeitskonferenzen für gültig erklärt wurde, war reich an Zwischenfällen. Gleich zu Beginn der Nachmittags-sitzung ereignete sich im Konferenzsaal während der Rede Kossanis ein Zwischenfall, der großes Aufsehen hervorrief. Ein französischer Beamter des Arbeitsamtes, der sich im Hintergrund des Saales aufhielt, hatte auf die Frage eines neben ihm stehenden Deutschen, der sich nach dem Inhalt der Rede Kossanis erkundigte, geantwortet, das sei nicht wichtig, es sei alles „Raccaroni“. Dadurch löbte sich ein in der Nähe stehender italienischer Beamter des Arbeitsamtes beleidigt und wollte seinen französischen Kollegen ähnlich antworten. Die beiden Beamten wurden aber aus dem Saale entfernt.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es dann bei der Rede des französischen Arbeiterdelegierten Rivelli, eines Kurien, der den Italienern vorwarf, daß sie einen im Ausland lebenden italienischen Arbeiterdelegierten durch Verweigerung der Einreisegenehmigung die Teilnahme an einer Sitzung der paritätischen Seemannskommission in Italien unmöglich gemacht hätten. Der italienische Regierungsdelegierte de Micheli erwiderte darauf, daß es sich um einen Mann gehandelt habe, der in Italien wegen Unerschlagung von Beträgen aus der Seemannsliste gerichtlich verfolgt worden sei. Es sei wohl nirgends üblich, daß man solchen Seuten freies Geleit zu einer internationalen Konferenz gebe. Rivelli erhob dann neue Vorwürfe gegen die Italiener, weil sie, die am Weltfriede gegen Terror und Gewalt teilgenommen hätten, sich dann selbst eines Systems der Gewalt gegen die Sozialisten bedienten. Schließlich kam es auch noch zu einem Sprachen-zwischenfall, als der deutsche Regierungsdelegierte, Ministerialrat Weigel, einen Kommissionsbericht in deutscher Sprache erstattete, der übrigens hatzungenmäßig von einem deutschen Delegationsmitglied ins Französische übersetzt wurde. Trotzdem hielt es der Regierungsdelegierte von Luquay für nötig, dagegen zu protestieren, daß ein Bericht in einer anderen als einer der beiden offiziellen Sprachen erstattet würde. Der Direktor des Arbeitsamtes, Albert Thomas, schlichtete aber den Streit damit, daß er feststellte, jedes Mitglied der Arbeitskonferenz habe das Recht, sich seiner Muttersprache zu bedienen und auch ihre Berichte zu erstatten unter der Voraussetzung, daß es selbst für die Uebersetzung der Rede Sorge trage.

Lezte Meldungen

Erkrankungen durch Fleischgenuß in Berlin

Berlin, 21. Juni. Am Sonntag erkrankten in Kollberg (Brandenburg) und Umgebung etwa 50 Personen, anscheinend nach dem Genuß von Hackfleisch. In den meisten Fällen handelt es sich um leichtere Erkrankungen, die sich in starken Erbrechen äußerten. Verschiedentlich zeigten sich jedoch schwere Vergiftungserscheinungen, so daß die Ärzte für die Uebersicherung der betroffenen Personen ins Krankenhaus sorgen mußten. Das Fleisch stammte aus der Schlachterei von Gebrüder Gombus, die es vom Berliner Viehhof bezogen haben. Nach den bisherigen Ermittlungen, die der Sanitätsrat leitet, scheint die Fleischherkunft keine Schuld zu treffen. Die beschlagnahmten Fleischreste sind der Potsdamer bakteriologischen Untersuchungsanstalt sofort übergeben worden, Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen.

Am die Nachzahlung für die Eisenbahn

Berlin, 22. Juni. Die am letzten Montag von neuem aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Reichsbahn und den Gewerkschaften über die Nachzahlung für die Eisenbahner aufgrund der Rechtsallianz des Schiedspräsidenten sind wiederum ergebnislos verlaufen und mühen auf Mittwoch vormittag verläßt werden.

Den Gewerkschaften wird überdies darauf hingewiesen, daß die aufgrund der bewilligten Lohnverbesserungen zur Aussahluna kommenden Beiträge keineswegs höher als etwa 15 bis 20 Mark auf den Mann sein werden.

Der hannoversche Studentenkonflikt

Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der Besetzungskomitee in Hannover dürfte nun doch endlich beigelegt sein. In einer großen Studentenversammlung, die von mehr als 1000 Studenten besucht war, wurde gestern beschlossen, den in den Verhandlungen mit dem Kultusminister geschlossenen Vergleich anzunehmen. Professor Lessing hat auch gestern in aller Ruhe sein Kolleg gehalten.

Trauerfeier für Fehren. o. Wangenheim

Stettin, 22. Juni. Gestern nachmittag fand in Stettin zu Ehren des verstorbenen Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, Dr. Konrad Fehren, v. Wangenheim, eine Trauerfeier statt, an der Vertreter der Regierung, der Militärs, der Stadt, der Kaufmannschaft, der Industrie, der Bankwirtschaft und der Universität Greifswald teilnahmen. Auch Generaldemarshall von Madelen war erschienen.

Kaiserschlacht Gewerkschaften in Oberschlesien

Breslau, 21. Juni. In Oberschlesien ist jetzt ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Mai 74810. Jährt man die Familienangehörigen der Gewerkschaften mit, so beträgt die Zahl der nicht versorgten Bevölkerung in Oberschlesien etwa 300 000, also etwa ein Drittel der Bevölkerung.

Explosion einer Handgranate — Sieben Schwerverletzte

Budapest, 21. Juni. Auf dem Gergelyplatz in Pestrad in der Felschollomai-Explosion eine Handgranate. Ein Leutnant und 6 Mann wurden tödlich verunglückt.

Die aktuellste Frage der Innenpolitik

Volksentscheid und Fürstenabfindung

[Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) So hat heute gegeben, die den 20. Juni für den Stichtag hielten, von dem ab eine Neuorientierung unserer gesamten inneren Politik zu beginnen hätte. Selbst heute — selbst genug — kann man noch solchen Stimmen begegnen. Der Reichstagsler, heißt es irgendwo in einem Berliner Blatt, würde nun sofort die Parteiführer um sich versammeln, um an die Klärung aller politischen Fragen, vornehmlich der Zoll- und Personalfragen „heranzugehen“. Wichtig daran ist nur das eine, daß man verstanden wird, womit man mehr oder weniger instigiert schon in der vorigen Woche sich mühte, die zu Ende gehende Tagung von einem leicht ins Uferlose schweifenden Zöllstreit zu befreien. Man möchte den deutsch-schwedischen Handelsvertrag unter Dach und Fach bringen und man wird deshalb erneut nachzuweisen trachten, daß es bei den unlämpflichen Positionen nur um Verhandlungsschritte geht. Da der Ausgleich gelingt, ist noch nicht ganz sicher; Manche, auch linksstehende Politiker sind geneigt, das Bemühen nicht ganz ungünstig anzusehen und hoffen — wir sprachen schon leithin davon — in der Differenzierung des Gesellschaftes die rettende Formel zu finden. Das wird man abwarten haben. Krinesfalls aber wird man, wie das wohl feststeht, vor der großen Sommerpause noch an das heisse Thema der Personalien und des noch helleren der Ausweitung von Regierungskoalition zu rühren wagen. Die Dinge hätten anders gelegen, wenn der Volksentscheid mit dem sozialdemokratisch-kommunistischen Siege gedeutet hätte. Das wäre, wenn nicht der „große Kladderadatsch“, so doch immerhin die völlig neue Situation gewesen, zu der zwangsläufig so oder so Stellung zu nehmen war. Vor dieser unübersehbaren Krise hat der Himmel in Gnaden uns bewahrt, und so weit wie die Stimmung innerhalb der Regierung zu beurteilen vermögen, ist sie nicht gewillt, dieses Gnadengeschick leichtfertig in den Wind zu schlagen. Der deutsche Mensch,

der normale deutsche Bürger, bedarf endlich der Ruhe, die deutsche Wirtschaft bedarf ihrer noch mehr

Witth gibt es für ein Kabinett, das in sich selber leidlich geschlossen, gegungen ist, auf eine feineswegs ebenso homogene, zudem in der Widerheit lebende Koalition sich zu fügen, zur Stunde überhaupt kein anderes Gebot, als allem aus dem Weg zu gehen, was ihm den ohnehin schwachen Grund noch mehr unterwühlen möchte. Hinter jedem Schritt von der großen Mehrheit lauert die Gefahr des Absturzes. Kann kein, daß ein Wechsel im Staatssekretariat der Reichsjustiz und in der Leitung des amtlichen Presseapparats möglich, auch daß eine Neuweisung der verwaissenen Ressorts erwünscht wäre. So aber die Regierungsparteien über diese Fragen sich nicht einig zu werden vermögen, ohne sich rettungslos zu verzanken, wird man einstimmen davon Abstand zu nehmen haben. Für die große Koalition vollends bestanden z. B. überhaupt keine Aussichten. Die Volkspartei will nicht, die Sozialdemokraten wollen erst recht nicht. Geringstein wird man keinem von beiden daraus einen Vorwurf machen dürfen. Der Haß und die Feindseligkeit der letzten Wochen waren zu groß, als daß man nun gleich, als ob nichts gewesen wäre, in halber Eintracht um den grünen Tisch sich setzen könnte.

Soll der Koalitionsfriede, der den Bürgerfriede einschließt, notwendig erhalten werden, so bietet sich nur eine Möglichkeit: Zu erledigen, was unbedingt erledigt werden muß und dann einmütig aufzuspringen, in der weitest nicht ganz unbegründeten Hoffnung, daß bis zum Herbst die Ruhepolitik und unter Umständen auch die Innere ein anderes Gesicht bekommen haben werde. Zu den Unersetzlichen aber gehört noch der Auffassung des Kabinetts und auch der Regierungsparteien

das Gesetz über die Fürstenabfindung

Am Ministerium ist man ersichtlicherweise sich völlig einig, nur darüber gehen die Auffassungen noch auseinander, ob diesem Gesetz verfassungsändernden Charakter beizumessen wäre oder nicht. Insoweit glaubt man die gleiche Einmütigkeit auch von den Parteien behaupten zu dürfen. In der Beziehung selber vermögen wir noch nicht aller Zweifel uns zu erheben. Die Vorlage ist in diesem regenamtlichen Logungsabschnitt nur zu verabschieden, wenn man unerbittlich an den von der Regierung vorgezeichneten Arbeitsplan sich hält, d. h.: Allen Wenderungswünschen, gleichwohl ob sie von rechts kommen oder von links, sich verjagt und nach der Beratung des Rechtsausschusses im Plenum ein Verfahren bevorzugt, das im wesentlichen auf die en bloc-Akzeptanz hinausläuft. Nur dann, will sagen: nur wenn so die Regierungsparteien mit gutem Beispiel vorangehen, wird es möglich werden, sei es von den Deutschnationalen, sei es von der Sozialdemokratie, für das letzte und endgültige Wort die erforderlichen Bestimmungen zusammenzubekommen. Der Regierung ist ihr Weg vorgezeichnet, sie hat leierlich erklärt: Unbeschadet des Abstimmungsresultates alle Kräfte daran zu setzen, ihre Kompromissvorlage durchzuführen. Die Koalitionsparteien werden gut beraten sein, wenn sie, unbekümmert um die Querstreifen, die selbstenfalls schon in ihrer Presse meiden, den nämlichen geraden Weg gehen. Viel Wagt, unter uns, ist mit dem Fleiß nicht zu machen, für keinen. Man mag sagen: Nach der ungetreuen, den Ährern aufwühlenden Agitation, war es für Sozialdemokraten und Kommunisten eine Niederlage. Immerhin hat sich ungefähr die Hälfte aller Reichstagswähler für die sozialdemokratisch-kommunistische Parole ausgesprochen, und viele von denen, die zu Hause blieben, oder zur Urne schreitend mit dem stimmen, talen das in der sicheren Erwartung, daß Regierung und Regierungsparteien ihr Wort halten und für einen billigen Ausgleich sorgen würden. Das Vertrauen darf nicht enttäuscht werden. Die Klitten der Monarchie sind auf Null gesunken, sogar in deutschnationalen Organen sieht man nun auf die Erkenntnis: Es würde allmählich Zeit, den Streit um die Staatsform bei Seite zu legen. Die Erkenntnis kommt spät, doch nicht zu spät: In solcher Atmosphäre möchte ein Kompromiß zur Rot gedelhen. Auch die Sozialdemokraten werden jetzt die Kraft wieder darauf sich besinnen, daß ihre eigenen preussischen Minister im Reichsrat der Vorlage des Reichstages zustimmen. Demnach: das erste Wort haben die Koalitionsparteien, auf ihnen zuwiderst ruht die Last, den Agitationsstoff auszuräumen, der uns seit Monaten die Luft verpestet.

Für eheliche Verhandlungen und Versöhnung

[Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, der hollsparteiliche Abgeordnete Kahl, erklärte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zig.“ über die Aussichten der Kompromissvorlage zur Fürstenabfindung: „Vorjählich habe ich bereits vor dem 20. Juni den Regierungsentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstentümern auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses vom 22. Juni gebracht. Schon darin habe ich meiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Verzögerung der Angelegenheit unter keinen Umständen verantwortet werden kann. Der Ausgang des Volksentscheids hat meinen Beschluß bestätigt, alles zu tun, um so baldmöglichst ein mögliches einmütiges ge-

setzliche Regelung herbeizuführen. Der erbitterte Streit muß ein Ende nehmen, ohne Opfer von beiden Seiten kann das nicht gelingen, aber alle müssen sich gegenwärtig halten, daß es im letzten Grunde um Höheres geht als bloß um Vermögenswerte. Die Grundlage zu einer Versöhnung bietet der Regierungsentwurf. Er deckt sich im wesentlichen mit dem Kompromiß, um den in mehr als 30 Sitzungen im Rechtsausschuss gerungen wurde. Er fordert von mir und meinen Freunden getreu das Neuzerhe und Rechte, was vor dem Reichstagen zu beantworten ist. Wir sind aber zu ehrlichen Verhandlungen bereit, wie erwarren das Gleiche von den anderen Parteien links und rechts. Soll wirkliche Versöhnung eintreten, so muß eine große Mehrheit die Verantwortung übernehmen, ob es möglich sein wird, bedarf noch gewissenhafter Erwägungen.“

Parteilührer zum Volksentscheid

Graf Westarp, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, äußerte sich über die augenblickliche innenpolitische Lage u. a. folgendermaßen: Der äußere Erfolg des Volksentscheids, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß etwa sieben Zehntel des deutschen Volkes das sozialdemokratisch-kommunistische Enteignungsgesetz ablehnen, darf nicht über die erste Bedeutung der abgegebenen Stimmen hinausgehen. Die ausländischen Mächte, die Deutschland durch Reparationen bedrängen, müssen aus dem Ergebnis des Volksentscheids entnehmen, daß sie in ganz anderem Maße als bisher Deutschlands politische und wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten eröffnen müssen.

Reichsminister a. D. Dr. Schulz, der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, erklärte: Nach der maßlosen und verabschiedenden Agitation der Enteignungsparteien muß vor allem die Tatsache festgehalten werden, daß der Versuch der Enteignungsparteien verfassungsrechtlich und gesetzlich gescheitert ist. Damit tritt, wie die Deutsche Volkspartei immer betonte, wieder die parlamentarische Behandlung der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstentümern in Kraft. Die Deutsche Volkspartei steht zu dem von der Regierung vorgelegten Kompromißgesetz.

Hg. Drewh, der Führer der Wirtschaftspartei, führte aus: Die Deutschnationale Volkspartei muß jetzt ein gewisses Entgegenkommen zeigen. Die Wirtschaftspartei erwartet, daß die Sozialdemokraten weitergehende Forderungen über den Inhalt des Kompromißgesetzes der Regierungsparteien hinausstellen werden. Eine gesetzliche Regelung ist schon mit Rücksicht auf das Ausland, das durch den Volksentscheid beunruhigt ist, auch mit Rücksicht auf die Innenpolitik mit dieser Gesetz noch vor den Reichstagsferien zur Annahmefähigen Erregung dringend notwendig. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei kommen.

England zum Volksentscheid

London, 22. Juni. (Von uns. Londoner Vertreter.) Nachdem nun die amtlichen Zahlen der Volksabstimmung vorliegen, sprechen sich die führenden Blätter in ihren Leitartikeln darüber aus. In anbetrach der betonten Aufmerksamkeit, mit welcher man die kommunistische Propaganda in England betrachtet, ist der Hauptbestand, das die deutsche Volksabstimmung hier hervorruft, einmal Berücksichtigung über das Scheitern des kommunistischen Planes, sodann Erstimmen über die große Anzahl von Befürwortern die er bei der Volksabstimmung doch noch gefunden hat. Das Regierungsgesetz, die „Times“ sagen: „Es war kaum denkbar, daß ein zivilisiertes Volk mit Ueberzeugung eine so rohe Lathexoffenen Plünderung ausführen würde. Aber es ist von erster Bedeutung, daß mehr als 14 Millionen Männer und Frauen aus einer der ersten und höchgebildeten Rasse Europas eine derartige Verletzung der natürlichen Moral unterläßt haben.“ Das Wort erblickt in der Enthaltung von 60 Prozent der Wählerseite einen neuen Beweis des deutschen Volkswillens, der seine besondere Sympathie für die Monarchie offenbart. Demnach haben, so erklärt die „Times“ Sozialisten und Kommunisten 26 Prozent des deutschen Volkes zur Wahl aufbringen können. Das sei der herorstechende Zug des Referendums und sein Ernst werde von allen Parteien anerkannt. Schließlich erklärt das Regierungsgesetz, daß eine Parlamentsauflösung, zu der Wort durch die Unmäßigkeit der sozialdemokratischen Partei gezwungen werden könnte, für Deutschland und Europa nicht wünschenswert sein würde.

Liberaler Kreise dagegen urteilen optimistischer. Die „Daily News“ sagen: Die Zahlen bei der Volksabstimmung hätten kaum befriedigender ausfallen können. Das beweise doch man den Gehungen von Doorn nicht mit romantischer Sentimentalität betrachte. Anderserseits braucht Hindenburg nicht mehr zurückzutreten, was die Stabilität der Verfassung bedroht haben würde. Das Referendum, welches die Republik von zwei Seiten anzugreifen schien, habe damit beendet, daß diese lester veranlaßt sei, denn je.

Serienstimmung im Reichstag

[Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) In einer lässigen Sommerstimmung hat der Reichstag gestern keine Arbeit wieder aufgenommen. Man war nicht sehr zahlreich und auch nicht gerade von Bienenfließ befeelt. Die Schar der Krankheitsurlauber, die das Ende der Tagung lieber in irgend einem Bad abzuwarten wünschen, mehren sich, und auch die Erschienenen waren keine zwei Stunden beisammen zu halten. In dieser Frist wurde das Washingtoner Abkommen an den Ausschuss zurückverwiesen, nachdem Herr Brauns zugesichert hatte, für die Verschleimung eines Ausführgesetzes zu sorgen. Hinterher war man wieder einmal beim Knappschaffsgesetz, genauer: bei dessen dritter Lesung. Der sozialdemokratische Sprecher anerkannte, daß die Rosells mancherlei Verbesserungen bringe, trotzdem würde seine Partei dagegen stimmen. Das ist allerletzte sozialdemokratische Schulz: Alles oder nichts, womit wieder einmal bewiesen war, daß unsere Partei sozialdemokraten doch sehr konservative Leute sind.

Die Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags

Ist gestern im Reichstag auf sozialdemokratischen Wunsch ausgesetzt worden. Die Sozialdemokratie hat das Verlangen, bei dieser Gelegenheit eine grundsätzliche Aussprache über den Weg unserer künftigen Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Sie hat deshalb eine Interpellation eingebracht, die vermutlich mit der Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags verbunden werden dürfte. Die Interpellation hat nach dem „Vorwärts“ folgenden Wortlaut: „Am 1. August findet nach dem Zolltarifgesetz die bisher geltende Regelung der Lebensmittelpreise ihr Ende. In dem schwedischen Handelsvertrag sind Lebensmittelpreise eingefügt, die sehr erheblich über die bisherigen hinausgehen und die eine außerordentliche Wertsetzung der gesamten Lebenshaltung der breiten Masse bewirken würden. Wir fragen deshalb: Ist die Reichsregierung bereit, über die Grundlagen ihrer Handelspolitik dem Reichstag Auskunft zu geben, insbesondere darüber, ob eine Verlängerung der Lebensmittelpreise über den 1. August hinaus von ihr beabsichtigt ist.“

Zur Bekämpfung der französischen Fremdenlegion

Fast alle Schriften, die in der deutschen Literatur über die französische Fremdenlegion vorhanden sind, behandeln zwar zuerst in mehr oder minder treuherzig-unbeholenen Schilderungen das Leben und Treiben in den Garnisonen von Saïda, Sidi-bel-Abbes und El-Kreider und dann leider die angebliche Flucht der betreffenden deutschen Fremdenlegionäre in äußerst romanisierter und abenteuerlicher Erzählung. Eine Ausnahme in diesem Schrifttum macht das für eine Behandlung der Fremdenlegion unersetzliche Buch des Herrn Rasen „An der Fremdenlegion“. Die darin geschilderten „Erinnerungen und Eindrücke“ wurden für die folgende kurze Abhandlung als Hauptquelle benützt.

Unter der Regierung des Königs Louis Philippe von Frankreich wurden für die französischen Eroberungen in Algerien im Anfang des 19. Jahrhunderts eine Truppe gebildet, die sich aus ungefähr 4000 fremden Flüchtlingen, Abenteurern und Fahnenflüchtlingen zusammensetzte. Nach ihrer Ausrüstung und Zusammenfassung in ein eigenes Fremdenregiment unter dem Namen Legion étrangère wurde diese Truppe im Jahre 1831 zur Eroberung Algeriens eingesetzt. Da die Legion als fremdes Söldnerregiment, immer an die gefährlichsten Posten des französischen Ostafrikabereiches gestellt wurde, erlitt sie im April 1832 bei der grausamen Niederwerfung des Stammes El Ussia und im Jahre 1835 in den Waffensämpfen gegen Abd el Kader besonders große Verluste. Im Herbst 1835 trat der König von Frankreich das Fremdenregiment an die Königin-Regentin Christina von Spanien zur Wiederbesetzung des Karlistenreiches ab. Infolge fortwährender Kämpfe und mangelnder Fürsorge konnten von den in Spanien gelandeten 4000 Legionären nur 500 nach Afrika zurückkehren. Zum Ersatz für diese in Spanien aufgeworbenen alte Legion wurde in Frankreich wieder eine neue angeworben. Mit dieser zweiten Legion wurde in den Jahren 1840 bis 1854 in ununterbrochener Kampfarbeit für Frankreich Algerien erobert. Besonders Emsache verdient hierbei der Anteil der Legion in den Gefechten bei Constat-Mu, M.-Schomesh, Constantine und Zaatcha.

Im Jahre 1855 führte der Krimkrieg das Fremdenregiment nach Rußland, wo es sich unter Buzojino bei der verlustreichen Belagerung der Festung Sewastopol auszeichnete. Kommando über die Krim nach Afrika zurückgeführt, erlitt die Legion am 24. Juni 1857 durch den großen Kampf bei Sidi-ben-Idi, an dem vorher zwei französische Infanterieregimenter erlagen, die Unterwerfung Kabiliens. Dann wurde das Regiment als echte Bundeswehrtruppe nach Italien verlegt. Hier gelang es dem General Mac Mahon, den Sieg der französischen Truppen in einem erbitterten Kampfe bei Magenta am 4. Juni 1859 nur mit Hilfe der Legion zu retten. Wieder kehrte die Legion um tausend Tote armer nach Afrika zurück und rüdte von Sidi-bel-Abbes zu einem dreijährigen Feldzuge gegen die Marokkaner aus. Im Jahre 1862 landete das Fremdenregiment mit den Truppen der verdrängten Mächte in Bern-Grus und wurde Zeuge des schmachvollen Ausganges der mediterranen Expedition Frankreichs. Der Verlust betrug bei diesem Feldzuge 3335 Mann. In den nächsten Jahren rekrutierte die Legion ihre Reihen wiederum in Afrika; denn an Menschenmaterial hat das französische Fremdenregiment niemals Mangel gehabt. Bis zum Jahre 1870 wurde die Legion dann zur Bekämpfung der am weitesten vorgehenden Posten in den Provinzen Oran und Constantine benutzt. Hierbei hatte sie beständige Kämpfe gegen die Araber zu bestehen und gleichzeitig in zäher Arbeit bei schlechter Behandlung und Verpflegung Brunnen zu graben, Dörfer zu erbauen und Straßen anzulegen.

Im Kriege 1870/71 nahm die Fremdenlegion erst nach dem Sturze des Kaiserreiches teil und kämpfte an der Voire. Die deutschen Legionäre blieben in Algerien zur Sicherung gegen die Araber. Nach dem Friedensschluß bereitete das Fremdenregiment dem wahren Treiben der Kommune in Paris ein blutiges Ende. Noch im Jahre 1871 brachte ein Aufstand der Kabyls wieder kriegerische Tage in Algerien. Nach dessen Unterdrückung blieben die Legionäre bis zum Jahre 1883 als Arbeitskolonisten in Afrika. Dann folgten sie in dem heftigsten asiatischen Hinterindien und zwangen den Kaiser von Annam, sich der französischen Schuttherrschaft zu unterwerfen und Frankreich im Jahre 1885 die Provinz Tonkin abzutreten. Das Jahr 1892 fand die Legion bis 1894 in dem Gebiete des Königs von Dahomey. 1895 gelang es Frankreich durch siegreiche Kämpfe der Legion die große Insel Madagaskar unter französische Oberhoheit zu bringen. Hierbei waren jedoch wiederum mehr als 8 000 Proj. der fremden Söldner in den Sämpfen und Madagaskars für Frankreichs Interessen geblieben.

In der neuesten Zeit wurden die Legionäre in Marokko bei der Besetzung der Sahara im Jahre 1908 eingesetzt. Bei dem empfindlichen Rückfalle, welche die Franzosen durch den Scheich von der Troa erlitten, verdrängte die Legionäre, doch die französischen Söldnertruppen in dem Gebiete bei Tadmira im Oktober 1910 nicht völlig unterwerfen wurden. Entscheidende Bedeutung hatte auch die Beteiligung des Fremdenregiments bei der Eroberung von Fes und von Taza im Mai der Jahre 1911 und 1913. Im Jahre 1919 wurde die Fremdenlegion nach Nordafrika geschickt, um eine Erhebung der einheimischen Araber zu unterdrücken, und seit Herbst 1924 befehligt sie sich an den Kämpfen in Marokko gegen Abd el Krim.

Wie dieser kurzen Darstellung der Kolonialgeschichte zu erhellen, daß die fremden Söldner den Franzosen durch ihre außerordentlichen

Erfolge bei den dauernden Kämpfen ein bedeutendes Kolonialreich zu begründen und zu befestigen halfen.

Diese gewaltige Leistung der Legion wird von Frankreich zwar immer in Worten aber nie in Taten anerkannt. Die ähneren Ehren und die reichen Belohnungen erhalten nur die französischen Offiziere und Korporale. Der Fremdenlegionär aus den veredelten Nationen bleibt stets ein armer Söldner. Erhält doch der Legionär als „bezahlter Söldner“, mit dem die gewöhnlichen Truppenbewegungen ohne Rücksicht auf die Opfer vorgenommen wurden, außer Kleidung und Nahrung bare vier Bennes Tageslohn, ungefähr ein Kräftel der Friedenslohnung eines deutschen Soldaten des alten Heeres. Durch diese „Bezahlung“ löst der Legionär der Republik Frankreich fast nichts im Leben und ist er für ihr Interesse dienstunfähig geworden oder gelassen, so führt Frankreich überaus keine Verpflichtung mehr. Um keine Kraft vollständig auszunutzen, weilt Frankreich den Legionär aber auch als zuverlässigen und besonders billigen Arbeiter zu schätzen. Auch er doch in den kleinen Militärdienstleistungen der Grenze der Sahara, wo jeder Tag körperlicher Arbeit für den Europäer einen Verlust seiner Gesundheit bedeutet, die schwersten Arbeiten bei schlechtester Behandlung und Verpflegung leisten.

Während Deutschland sich im Mittel zu Versailles im Artikel 179 verpflichtet mußte, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß Reichsdeutsche in Hoer und Flotte einer fremden Macht Stellung nehmen, läßt sich Frankreich im Absatz 3 dieses Artikels das Recht, die Mannschaf keiner Fremdenlegion gemäß den französischen Gesetzen zu erziehen.

Die schamlose Werbung für das französische Landeswehrregiment wird daher immer noch nicht aufhören. Für Frankreich Kolonien zu erobern und in unwirtschaftlichen Gegenden Arbeiten zu leisten, die an Ehrenblenden erinnern, dazu ist der deutsche Söldner den Franzosen auch weiterhin gerade auf dem Marsch. Nichts doch die Franzosen niemals besser als heute, wie aus der freiesamewohnte Deutsche Menschenmaterial für die Legionen nach Afrika zu liefern. Die an Ehrenblenden erinnern, dazu ist der deutsche Söldner den Franzosen auch weiterhin gerade auf dem Marsch. Nichts doch die Franzosen niemals besser als heute, wie aus der freiesamewohnte Deutsche Menschenmaterial für die Legionen nach Afrika zu liefern. Die an Ehrenblenden erinnern, dazu ist der deutsche Söldner den Franzosen auch weiterhin gerade auf dem Marsch.

Reden Not und Glend war von jeder die Abenteurerlust der hauptsächlichste Beweggrund, der viele junge Deutsche dazu verführte, auf die Posten zu und laichen Verlockungen französischer Werber zu hören. Mit großer Freude ist daher die akademische starke Bewegung gegen die Verbreitung der Schuldenliteratur über die Fremdenlegion zu begrüßen. Wird doch durch deren obenstehenden und verlogenen Erzählungen von „Selbsternstern“ bei vielen jungen Deutschen erst das Verlangen nach Abenteuern in der Fremdenlegion geweckt. Auch ist die große Anzahl von diesen unzuverlässigen Schilderungen über alles, was die Fremdenlegion betrifft, schuld an den wunderlichsten Vorstellungen, die heute noch in Deutschland über die Fremdenlegion verbreitet sind.

Selten kann bei dem Kampfe gegen die Fremdenlegion vor allen Dingen eine Kulltürna über das wahre Wesen und Ziel berufen. Wenn diese erst einmal bis in die weitesten Kreise Deutschlands verbreitet sind, wenn der Dienst in der Fremdenlegion geschildert wird, wie er ist, mehr eine drückende Gewissenslast als ein fröhliches Kriegerium, wenn halt der abenteuerlichen Schilderungen Reiz die tiefe Schmach und Schande betont wird, die darin besteht, im Dienste Deutschlands Unterdrückt als Soldat und Arbeitskraft zu stehen, dann ist die Hauptarbeit bei der Bekämpfung der Fremdenlegion als die höchste Einwirkung zur Ausbeutung menschlichen Reichstums und menschlicher Armut getan.

Stets daher jeder Deutsche, entsetzt und erschüttert von den unwürdigen Verhältnissen in der Fremdenlegion, diese moderne Sklaverei Frankreichs durch wahrheitsgetreue Kulltürna an den Trampar und treue Herdards seinen Teil dazu bei, doch tausende junge, irre geleitete deutsche Männer vor Erlebnissen unter der französischen Kulltürna bewahrt bleiben, die in den allermeisten Fällen nach hartem und unbarmherzigem Soldaten- und Arbeitsdienst zu Glend, Leiden, Krankheit oder zu einem namenlosen Graße im heißen Sande Afrikas führen. Dr. H. B.

Die Tragödie der Fremdenlegion

Die Berichte eines aus der Fremdenlegion heimkehrenden Westfalen mit all den eindringlichen Erlebnissen, die er wiedergab — man hätte ihm eine Freifahrt die Straßburg gegeben — da stand er dann ohne Mittel, ohne Möglichkeit heimzukehren zu können. Das war das Ergebnis eines fährigen Dienstes und die Feststellung, daß auf dem Heimweg er einer Truppe von einem halbhundert Reuegemordener begegnete, die ihrem Schicksal entgegengingen. Dies gibt immer wieder Veranlassung, Eltern und Erzieher mit aller Eindringlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die für unsere deutsche Jugend erwächst, die oft in einer bitteren Stunde den Entschluß faßt, fort zu gehen und diese östliche Stunde in langen Jahren bitteren Weibes düßt. Es liegen mir eine

Wilde Briefe vor, die ein erschütterndes Bild von Seelenqualen enthalten. Ein Elsäßer schrieb an die Eltern eines Legionärs: „Ich habe nur eine halbe Stunde mit Ihrem Sohne gesprochen — aber es hat mich so sehr gefreut, daß ich hier in Marokko wieder mal deutsch sprechen hörte!“ Ein anderer Legionär schrieb an seinen Vater: „Wie bitter habe ich jene mühselige Stunde, in der ich den Entschluß faßte, fort zu gehen — bereut! Die schlechte Wirtschaftslage im Lande treibt ja leider manchen Jüngling in unklarer Verzweiflung und Not zu dem verwerflichen Entschluß. Nicht immer ist es Abenteuerlust oder Reichstumm, die unsere Jünglinge fort treiben. Um so erstärker müssen alle Eltern, Erzieher und Lehrer gebeten werden, nachdrücklich vor dem Eintritt in die Fremdenlegion zu warnen. Allen Heimkehrern von der Legion merkt man ein feilliches Marko an, das sich nie wieder ausmerzen läßt. Viele werden schon, stumpfsinnig oder schwermütig. Von den Selbstmorden, die vorkommen, ganz zu schweigen. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, Einblick in einen Brief zu nehmen, in dem es u. a. heißt: „Ich hätte Euch schon früher geschrieben, aber gerade heute bin ich fertig mit 6 Tagen sogenannter Salte de police. Wenn man diese Strafe halb kann man zu allerlei Arbeiten herangezogen werden je nachdem es dem Unteroffizier vom Wochendienst gefällt und man ist gezwungen, auf der Wache nur mit einer Decke versehen auf dem blanken Boden nachts zu schlafen. Was das für eine Qual ist, kann Ihr Euch gornicht ausmalen, denn Ihr kennt das Klima hier in Koedafrika nicht: Tags so heiß, daß der Schweiß in großen Tropfen aus allen Poren dringt und nachts kalt, wie bei Euch in den Herbstnächten. Die im Schweiß gebadeten Glieder beginnen sich in der Kälte zusammenzuziehen und ein Muskelkrampf läßt den andern ab. Höllequalen! Aber ich habe nicht mehr geweint. Ich habe die Häute geballt und auf die Zähne gebissen und Schmerz und Grimm hinuntergeschluckt. Durchmachen will ich das nicht mehr, das steht für mich unabwendbar fest. Ich habe die Strafe erhalten, weil während meiner Stallwache ein Pferd von einem andern gefalagen wurde. Morgens vor der Revue, also um halb 5 Uhr, wo's noch dunkel ist, führt man die Pferde ab, ab sie geschlagen sind. Auch ich tats. Aber der Schänder, der da verwundet war, ist so alt und so laut, daß er fast das Freesen vergeht. Er rührte sich deshalb auch jetzt nicht. Und zur Revue meldete ich dem die Runde machenden Offizier, es sei nichts vorgefallen. Später sah ich dann die leichte Wunde, welche es nach und weil ich's erst nachmeldete, wurde ich bestraft! — Liebe Eltern schreibt mir doch, schreibt mir! Ich liebe Euch an, schreibt mir! Glaubt mir, ich bin nur noch die Hälfte von dem, was ich war. Das Grubeln und Simulieren richtet mich zu Grunde. Ich fürchte mich vor der Nacht, wo die Kerzen der andern rufen, sind meine aus 4 rgt e angepöbelt. Wenn ich noch ein halbes Jahr hier zu bleiben gezwungen bin — es ist mit mir vollständig vorbei!... Wer ernstlich die Seelenqualen der vielen armen jungen Leute, die verherdet den unheilvollen Schritt getan und dann von Reue geschüttelt — verweisen... Man sollte viel klarer und härter aufklären in Schule und Haus und warnen und darauf hinweisen, welche Schande es ist, sich in den Dienst einer fremden Armee zu stellen — ein Verbrechen an der Volksgemeinschaft, an sich und seiner Familie und an seiner Zukunft. Keine Rot rechtfertigt ein Eintritt. Die Presse erwirkt sich ein Verdienst, wenn sie nicht aufhört, aufzuklären, alle Fälle zu berichten — als Warnung für den verbotenen verhängnisvollen Weg, der ins Glend führt, zur Vernichtung der Selbstachtung!“ Elisabeth W. Trippmacher-Ladenburg a. N.

Von der unermüdbaren Maschine

Wir glauben, im Zeitalter der Technik zu leben, und allüberall umgeben uns die technischen Wunder. Aber was wissen wir Alltagsmenschen eigentlich von all den technischen Dingen, die uns umgeben und die wir täglich so oft mit etwas Selbstverständliches benutzen? Jeder von uns trägt in der Tasche oder am Arm ein kleines technisches Wunder; aber wer möchte sich schon einmal klar, was diese kleine technische Zeitmaschine, die Uhr, eigentlich leistet? Das kleine Schwingrad in der Uhr — mit wirtlicher Berechnung „Umrüh“ genannt — schwingt in einer Stunde 18 000 Mal hin und her. In sich hüben nichts Unerwöhnliches, wo wir Motoren haben mit noch viel höheren Tourenzahlen. Aber haben wir sonst noch irgend eine Maschine, was sie groß oder klein sein, die so unermüdblich arbeitet wie unsere Uhr? Im Morgen oder Abend stehen wir den treuen Zeiger auf, Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr, und allermüdig ohne Unterlaß schwingt die kleine Uhr 18 000 Mal in jeder Stunde hin und her, — 18 000 Mal in der Stunde, 432 000 am Tag, 157 680 000 Mal im Jahre. Können, die uns heute nicht mehr recht geläufig sind, sie erinnern an Infektion. Dabei sind die Rasten an der Uhrwelle je nach der Größe der Uhr und nach ihrer Güte nur 10/100 bis 5/100 Millimeter stark, so unachselr die normale Stärke eines Menschenhaars. Mit solchen feinen Rasten läuft die Uhr oft Jahre hindurch ohne jede Wartung, ohne jede Welle. Sie braucht keine Ruhepause, sie verliert, nur Substanz und Del. Und was nutzen mir diesem feinen Mechanismus alles zu während jede andere Maschine fahlerloert, oder falls es eine Maschine für Fortbewegung ist, besonders Sicherung haben muß, fröneren wir mit unserer Uhr von der fahrenden Straßenbahn; an unlerem Arm muß sie täglich all die hundert oder tausend halblösen und rudartigen Bewegungen mitmachen, und nichts darf das Wert in seinem allgemähigen Gang beeinflussen. Wenn wir dies alles bedenken, dann sehen wir die kleine unermüdbliche Maschine etwas anders an als bisher.

Theater und Musik

Heidelberg Stadttheater. Schönhan-Rodenburgs Lustspiel „Der Herr Senator“ hat unter der — etwas nach dem Schwanz zugeleiteten — Spielleitung Hans Herbert Michels eine sehr fröhliche Aufnahme gefunden. Michels gab dem Senator all die spitzige Würdigkeit des Hamburger Patriziers, die ihm keine Plästerer angehängen haben, fand dabei im rechten Moment den richtigen Unterton des fühlenden Herzens. Eva Christa war nach dem etwas wenig gläubig schmelzen Ubergang von der bis zum Hols gekleideten Senatorstochter zu der recht aufgetragenen Christa eine tolle Operette. Richard Collenbach gibt dem Wittelsch ein wenig viel Operette, oder Schwanfahne, Friedl Wölter war eine nette Siephi, Ant Leumann überhöbe als Dr. Gehring jede Savatlon. Auch die Vertreter der kleineren Rollen fügten sich gut dem Ganzen ein. J. K.

Wahst in Berlin. Das 14. Hofstet der Neuen Hofgesellschaft wird in der Zeit vom 30. September bis 3. Oktober in Berlin stattfinden. Die Neue Hofgesellschaft wurde 1903 in Leipzig gegründet und veranstaltet seitdem Hofstete an verschiedenen Orten. Diese Hofgesellschaft hat auch Johann Sebastian Bachs Geburtstags in Eisenach angefaßt, dort ein Bachmuseum gegründet und macht Hofstete Werke in praktischen Neuauagaben zugänglich.

Für den Bremer Schauspielers, der für das beste Buchwert ersten oder zweiten Inhalts 5000 Mark aussetzt, gelten in Abänderung der ursprünglichen Regeln folgende Bestimmungen: Veranstalter ist der Goethebund in Bremen in Verbindung mit dem Bremer Schauspielhaus. Der Wettbewerb steht allen deutschen Bühnenkünstlern zur Beteiligung offen. Die Preisvergebung erfolgt am 1. Januar 1927. Für die einzureichenden Stücke wird bei völlig freier Stoffwahl nur gefordert, daß sie die deutsche Wert und Bühnenreife besitzen. Sie sollen dem Publikum die deutschen Spielplans der Gegenwart dienen. Die Prüfung erfolgt aus rein künstlerischen Gesichtspunkten. Die in Aussicht genommene Stücke dürfen nach nicht aufgeführt sein. Die Uranschaffung des preisgekrönten Stückes findet im Bremer Schauspielhaus in der Spielzeit 1926-27 statt. Einreichungen müssen spätestens am 1. Oktober 1926 bei der Geschäftsstelle des Goethebundes in Bremen vorliegen. Anonymität wird nicht gefordert. Das Preisgericht besteht aus den folgenden Herren: Dr. Gerh. Heile, Hauptschriftleiter, Bremen; Prof. Dr. Gerh. Hellmers, Bremen, Vorsitzender; Direktor E. Thom Bremen; Anton Koenig, Bremen; Univ.-Prof. Dr. H. A. Korff, Leipzig; Oberinspektur Hans Deifen Sierck, Bremen; Univ.-Prof. Dr. R. Victor, Gießen; Dr. jur. Otto Hoffmann, Bonn. K. L.

Die Universitäten können nicht dazu zu sein, den Gelehrten zu zollen, sondern nur um den Studierenden den ganzen Apparat, alles Werkzeug, alle Handhaben zu geben, damit er in Zukunft ein Gelehrter werde. Tied.

Bergheide

Von Willy Kaupp

Kocht wort, und der Mond stand am Himmel und mit ihm die Sterne in ihrer funkelnden Pracht, da schritt ich über dich hin, Bergheide. Ich kannte dich ja noch von ebensol, wo du dein leuchtend Kleid trugst, wo du dich bebend der Sonne darbotst. Jetzt sahst du anders aus. Zwar waren die Wocholderbüsche immer noch so grün, und das Felsgestein, das gerillert umherlag, war immer noch so kantig und grau wie ehedem. Steine, werden sie aber jemals anders sein denn kantig und grau, denn klugig und hart? Klagen sie nicht schon seit Menschengedenken immer an derselben Stelle ungerändert und ungeränderbar? Oder sind sie vor Jahrtausenden in langer Wanderung auf zu Eis erstarrten Wässern herabgekommen und liegen geblieben — durchdrungen von der Wellenheit ihrer Träger, kalt und hart — ohne zu fragen woher und wohin? Und Stürme sind inzwischen über sie hingebrocht, Schnee und Eis hatten sich wieder um sie gelagert, aber auch der Frühling war zu ihnen gekommen, und über ihnen hatten die Vögel gepöbel, von Sonne und Licht, von Wärme und Frenkel! Und nach Jahrtausenden und abertausenden von Jahren werden sie vielleicht auf dem Grunde des Meeres liegen, nicht mehr kantig oder hart, sondern abgerundet und formlos, tief im Innern das Leuchten ihres zukünftigen Wertes.

Eine Gule frisch lautlosen Fluges dahin, und ein tobendes und halb ersticktes Schreien kündete bald darauf, daß sie ein Opfer gefunden. Bergheide, ich weiß warum deine Blumen so rot sind; kann deine Erde ist mit Blut getränkt, und die Geschosse der Jahrtausende haben ihre Blumen mit Blut in dich eingegraben.

Weißt du noch, Bergheide, wie du einst im Strahlenquart eines herrlichen Sonntages lagst? Es war einer von den Tagen, an denen es den Menschen auf die Arme zwingt vor Gottes Herrlichkeit, wo ihm die Junge verlag und ihm die Tränen der Sonne in die Augen treten und er nur die Arme breiten kann vor Glück und Sonnenheiligkeit. So ein Tag war es. Schneeflocke pökelten von Blume zu Blume und brachten den Blüten die feilste Wärme, die Blumen blühten eilig dahin, und in der Luft sumten Vögel und Käfer, und die Vögel jubilierten und alle Natur schloste im Glück dieses Tages. Da schritten zwei Männer über dich hin, ein Mann und ein Weibchen, Hand in Hand. Dunkel war

National-Theater Mannheim
Dienstag, den 22. Juni 1926
 Vorstellung Nr. 323. Miets D. Nr. 39
 3023 Nr. 2381-2400, 3514-3550,
 8251-8294, 8445-8490, 5023 Nr. 704-730,
 1351-1369, 1551-1600,
Neidhardt von Gneisenau. 80
 Ein Schauspiel von Wolfgang Göts
 Inszenierung: Heinz Dietrich Kenier
 Technische Leitung: Walter Unruh
 Anfang 7 1/2 Uhr Ende nach 11 Uhr

Personen:
 Alexander L. Kaiser v. Rußland Raim. Janitschek
 Franz H. Kaiser v. Oesterreich Anton Gängel
 Friedrich Wilhelm III. König von Preußen Willy Birgel
 von dem Knebeck, Generaladjutant des Königs Ernst Langhein
 Staatsminister von Stein Heins Dietrich Kenier
 Staatskanzler v. Hardenberg Hans Godeck
 Ancillon, wirkl. Geheimer Rat Fritz Linn
 Feldmarschall von Möllendorff, neunzig Jahre alt Wilhelm Kolmar
 Feldmarschall von Kalkreuth Georg Köhler
 General von Blücher Johannes Heins
 Generalleutnant von York Josef Renkert
 Oberst Mülling Albert Parsen
 Neidhardt von Gneisenau Peter Staachina
 General von Scharnhorst Rudolf Wittgen
 Major von Clausewitz Robert Vogel
 Leutnant von Scharnhorst, Ordonnanzoffizier Eugen Aberer
 Hauptmann von Stosch. Adjutant Gneisenaus Fritz Linn
 Rittmeister von Zastrow, Ordonnanzoffizier Walter Sack
 Landsturmann Winter, ein Schäfer Georg Köhler
 Unteroffizier K. Neumann-Hoditz
 Gefreiter Gust. Rud. Sellner
 Ordonnanz Walter Sack
 Soldat Hans Joscha
 Sturmat Scharnweber Heins Dietrich Kenier
 Major von Wallmoden Hans Godeck
 Leutnant Krüger, Meister der Haarkünstlerkunst Gust. Rud. Sellner
 Wache Harry Bender
 Courier Fritz Walter
 Preiswäger Gust. Rücker-Hahn
 Caroline, Gneisenaus Frau Hedwig Lillie
 Eine Frau aus Breslau Helene Leydenow
 Eine Marketenferin Else von Bremen

ALHAMBRA ALHAMBRA

Ab heute Dienstag der große Lustspielschlager Pat und Patachon als Schwiegersöhne

Eine groteske Verwechslungsgeschichte in 7 Akten.
 In den Hauptrollen:



Pat und Patachon

Der **lange** Pat mit dem **kurzen** Namen
 Der **kurze** Pat mit dem **langen** Namen
 Eine unkomische Situation reißt sich an die andere:
Pat und Patachon als Straßenbahnschaffner
Pat und Patachon als verliebte Leute
Pat und Patachon als Grandseigneurs und Schlittenführer in St. Moritz
Sieben zum Schreien komische Akte, Szenen von bezwingendem urwüchsigen Humor.
Zwei Stunden ungetrübter Heiterkeit
 können Sie erleben, wenn Sie die neuen tollen Streiche der beiden Pats miterleben!

Schönes Beiprogramm Jugendliche haben bis 6 Uhr Zutritt

Anfang 3 Uhr Letzte Vorstellung 8.30

Friedrichspark
 Dienstag: **Abend-Konzert**
 Donnerstag: **Abend-Konzert**
 Mittwoch: **Nachm.-Konzert**

Mannheimer Künstler-Theater
APOLLO
 Fernsprecher 1624
Nur noch 6 Tage
PANZERKREUZER
POTEMKIN
 Film-Musik eingerichtet von Edmund Meisel.
 Nur geschlossene Vorstellungen:
3.30, 7.15, 9 Uhr.
 Sonntag, den 27. Juni / Erste Vorstellung
 4 Uhr.
 Nummerierte Plätze von Mk. 0,60 bis 3,—,
 Vorverkauf ununterbrochen ab 10 Uhr an
 der Theaterkasse 5374

Waldparkrestaurant „am Stern“
 Tel 2866 Tel 2866
 Jeden Nachmittag von 4-6 Kurkonzert.
 Tierparkanlage, Klederspielplatz. Ständige Fahrgelassenheit auch während der Konzerte ab Endstation Lindenhof. Fahrkarte bis zum Stern — 30 Pfg. mit Chaise oder Omnibus.
 Jeden Mittwoch u. Samstag, abends v. 7-12 Uhr
TANZ
 Im Garten u. Sonntags ab 3-12 Uhr. 2608
 Bei **Kropf** und **Akropin**
 Sehr wirksam, unglücklich, ärztlich erprobt. Auch für Kinder. Dep.: Schwannapotheke. 6370

Oeffentl. Vortrag mit Lichtbildern
 im großen Rathaussaal (altes Rathaus) Marktplatz
 heute Dienstag, den 22. Juni 1926, abends 8 Uhr
 von **Dr. Mayer aus Freiburg** über
Die Heilwirkung des elektro-galvanischen Schwachstromes und seine Anwendung in der häuslichen Gesundheitspflege.
 Eintritt frei!
 Zu zahlreichem Besuch ladet Sie höf. ein
Wohlmuht-Insitut Mannheim, N 4, 13
 Telefon 5377 4996 Kunststraße

Gesichtshaare
Luise Maier
 Warzen, Leberflecken entfernt mittels Elektrolyse unter Garantie durch anerkannt erfolgreiches Verfahren.
 Einzig bewährte Methode !!
Mannheim, P 1, 6 | Trepp
 gegenüber Landauer 543
 Institut für Gesichtspflege — 18jähr. Praxis — Beratung kostenlos.
 Arzt: Empfehlung. — Zahn: Zahnarzt. — Operiert: tagl. v. 9-7 Uhr

SCHAUBURG UFA-THEATER
 K1. NAHE FRIEDRICHSTRASSE • K1 P6 • ENGE PLANKEN • P6
 Heute bis Donnerstag!
 Die große Spielwoche!
Der bayerische Film:
Frauen, die vom Wege abirren.
 Ein Bild unserer Zeit in 3 Akten
 In den Hauptrollen: Ellen Körfl, Helene v. Bolvary, Olaf Fjord, Paul Otto, Karl W. Meyer, Lottie Klönder, Elma Lande, Lo Ethoff, Georg Henrich.
 2. Film deutscher Produktion:
Liebet das Leben!
 Eine Tragikomödie in 7 Akten:
 In den Hauptrollen: Wladimir, Haldarow, Georg Schnell, Helene Makowska usw.
 Anfang der Filme: **Neueste Ufa-Wochenschau.** Anfang der Filme:
 4.30, 4.10, 5.4, 7.00, 8.15, 9.25-10.45 Uhr | 4, 4.15, 5.30, 6.40, 8.15, 8.30, 9.40-10.55 Uhr

Unterricht
Französin
 erzieht gründlich, unterrichtet in Grammatik, Konversation und Rechtschreibung.
 M. Schmidt-Benbert, N. L. 7. 18597
Englisch!
 pro Stunde 50 Pfg.
Französisch!
 pro Stunde 50 Pfg.

Unentbehrlich für die Reise!
KLEINES KURSBUCH
 FÜR
MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN-HEIDELBERG
 Sommer-Ausgabe 1926.
Der beste Taschenfahrplan
 für den badischen Verkehr und der angrenzenden Gebiete.
Dreis 35 Pfennig
 Verlag Druckerei Dr. Haas G.m.b.H.
 Neue Mannheimer Zeitung

Täglich
 Das menschlich wahrste und packendste Drama für lange Zeit!
 Das erschütterndste Dokument aus den verheerenden Jahren des Weltkrieges!
 Das Filmwerk ohnegleichen ist das neue große Fox-Film
Die Welt im Stahlhelm
9 Akte
 der die ungeheure Feuerbrunst, die Europa damals durchholte in markenschütternder Realistik vor unseren entsetzten Augen wieder aufleben lassen!
Original-Kriegsaufnahmen
 wie sie bisher noch nie gezeigt wurden und die in solch ungeheurer Wucht in Zukunft niemals wieder gezeigt werden können

Die erschütternde Tragödie eines Offiziers, den das frevelhafte Spiel einer Frau zum Verbrecher macht.
 Ferner 2 unkomische Fox-Grotesken
Hals- u. Beinbruch
Löwenmut
 Anfang 4.30, 6.10, 6.40, 8.20 Uhr
Jugendlichen ist der Zutritt verboten!

Palast-Theater
Annahmestellen
 für Schuh-Reparaturen
 und
1. Reparatur-Fabrik gesucht.
 Angebote unter E. B. 102 an die Geschäftsstelle des St.

Vermischtes
 Heute ab 5 Uhr wieder bekannte, extra feine
Leber- und Griebenwurst
 Wehner & Co.
 1621 S. 1.

Beitragende mit **1000 Mk.**
 an ihre guten, rechten Gefühle gegen Gewalt u. Sicherheit. Angebote unter U. P. 23 an die Geschäftsstelle.

Kaufmann
 mit Kapital sucht über Beteiligung oder sonst eines lehrst. Gehalts. sich weider Art. Angebote unter W. S. 25 c. h. Geschäftsstelle.

Pianos
Kauf u. in Miete
 bei
Heckel
 Piano-Lager
0 3, 10.

Näherin
 nimmt noch Kunden an
 an der d. Ecke, über
 l. f. Geschäftsstelle.

Schneiderin
 nimmt noch Kunden an
 u. macht bei Kunde bei
 billiger Beratung, an
 S. 5, 3, 5. Stad. 1141.
 *7912

Tepplid-Reinigen
 u. sonstigen Aufträgen
 empfiehlt sich bei
 jeder Auslieferung
 Reinmann & Co.
 T. 4, 5, Tel. 3218

Schreibmaschinen
 gebraucht,
 preiswert zu verkaufen
Winkel, N 3, 7-8.
 Tel. 2425 612

Kompl. Schlafzimmer-Einrichtung
 (siehe gewöhnlich mit
 Spiegelbügel, weiches
 Wollmatt, 2 Polsterstühle,
 2 Schränke, 2 Stühle,
 Matratz, nur 11. 578-
Blumenhöfer
 Möbelgeschäft
 und Schreiner
Augartenstr. 25
 Etagen glänzend
 Gelegenheitskäufe

Büglerin
 nimmt auch beim Kunden
 Wäscheputzen an
 Gartenstraße, 6, 111, 118.

Geldverkehr
500 Mk.
 von 100 u. 200 u. 500
 an liehen gelohnt. An-
 gebote unter U. W. 29
 a. b. Geschäftsstelle.

Hypothekengeld
 in 1000, 2000, 3000, 4000, 5000
 an bescheid. P. 2000/25
 Donnerstag, 12. Geschäftst.
 9-11 Uhr. *7294

Heirat
 Frauen, 35 Jahre,
 m. sehr gut. Verpfl.
 sehr große Natur, sehr
 sehr tüchtig, sehr
 möchte da es ihr an
 best. Gelegenheitsarb.
 mit solchem Herrn ent-
 sprech. Arbeit u. Gehalt
 in der Stadt. An-
 gebote unter U. W. 29
 an die Geschäftsstelle.

Heirat
 Witwer nicht ausget.
 40 Jähr. Mühenlos
 u. Erpferthei verheirat.
 An- gebote unter U. W. 29
 an die Geschäftsstelle.